

Konsens um jeden Preis

Die neue Verfassung führt Afghanistan zwischen Shariah und Republik in eine ungewisse politische Zukunft

Ein kritischer Rückblick auf die afghanische Verfassungs-Loya-Jirga von Jan Heller, Kabul

Am Ende ging dann noch alles erstaunlich glatt. Als am 4. Januar am späten Sonntagnachmittag der *Loya-Jirga*-Vorsitzende Sebghatullah Mojaddedi die 102 weiblichen und 400 männlichen Delegierten aufforderte, sich als Zeichen ihrer Zustimmung zur neuen Verfassung „für zwei Minuten“ von ihren Plätzen zu erheben, folgten dem alle ohne Protest, wenn auch einige zögerten. Hamed Karzai beschwor zum Abschluß die nationale Einheit und sprach sogar ein paar Sätze auf Usbekisch. Der scheidende UN-Sonderbeauftragte Lakhdar Brahimi versprach, daß sein Herz in Afghanistan bleiben werde, und bekam den höchsten afghanischen Orden, die Delegierten eine Erinnerungsmedaille. Mojaddedi weinte vor Rührung. Doch eine formale Abstimmung über die Verfassung, geschweige denn eine geheime, fand nicht statt - wie während der gesamten 22 *Loya-Jirga*-Tage nicht, außer bei der Wahl der Leitungsgremien. Es lebe das Konsensprinzip!

Das neue Dokument in 162 Artikeln macht Afghanistan zur „Islamischen Republik“ mit Präsidialsystem, dem weiterhin Karzai bis zu Wahlen als Interimsstaatschef vorstehen wird. Deren Termin muß er binnen sechs Monaten dekretieren. Karzai kann selbst noch zweimal für jeweils fünf Jahre regulär kandidieren. Der Präsident wird einem Zwei-Kammer-Parlament gegenüber verantwortlich sein, das die „Grundlinien“ seiner Politik absegnen muß. Wann es gewählt werden kann, steht jedoch in den Sternen. Die Verfassung legt nur fest, alles zu tun, „die ersten Präsidentenwahlen zur gleichen Zeit wie die Parlamentswahlen zu organisieren“. Von der UNO ist zu hören, daß man wegen Geld- und Sicherheitsmängeln „entweder pünktliche“ - laut Bonn-Abkommen im Juni 2004 - „oder gleichzeitige Wahlen“ haben könne.

Hitzige Debatten um Details

Der Grund- und Menschenrechtekatalog der Verfassung liest sich positiv. So haben Männer und Frauen erstmals explizit gleiche Rechte. Folter und Zwangsarbeit sind verboten, Rede- und Pressefreiheit sowie die Korrespondenz zwischen Angeklagtem und Anwalt ebenso geschützt wie die religiösen Minderheiten der Hindus und Sikhs. Die Menschenrechtskommission unter Sima Samar bleibt unabhängig.

Doch bis zur letzten Minute hatten verschiedene Delegiertengruppen hitzig um den Text gestritten, vor allem auch weil die Veranstaltung von erheblichen prozeduralen Mängeln geprägt war. Zunächst präsentierte Übergangspräsident Karzai den Delegierten die Geschäftsordnung in Form eines Präsidialdekrets, was sofort für Unmut sorgte. Die oppositionellen

Abgeordneten von der Nordallianzfraktion *Jamiat* nahmen das Geschenk dankbar an. „Zuerst müssen wir über das politische System unseres Landes abstimmen“, verlangte der geschäftige Fernsehchef Abdul Hafiz Mansur und machte damit gleich den Hauptkonflikt in der Versammlung deutlich, den auch Karzai in seiner Eröffnungsrede thematisierte, als er sich vehement für ein Präsidial- und gegen ein parlamentarisches System einsetzte. Die Diskussion wurde unterbrochen, die Geschäftsordnung nie abgestimmt. Immer wieder preschten die *Jamiat* in diese Lücke vor und mahnten demokratische Spielregeln an. „Manchmal wird unsere *Loya Jirga* so heiß, daß die Leute Feuer fangen, und manchmal so kalt, daß man wärmere Kleider braucht“, beschrieb Mojaddedi, der als Kandidat der Karzai-Fraktion in einer Kampfabstimmung gewählt worden war.

die Atmosphäre.

Aus Furcht vor diesen Vorstößen unterband Mojaddedi auch weitere Diskussionen über die eigentlichen Sachthemen. Den Delegierten werde „keine Zeit gegeben, ihre Ansichten auszudrücken“, beklagte Abdul Kabir Ranjbar, als ehemaliges Zentralkomitee-Mitglied der DVPA der erste Linke, der - gegen Mojaddedi - in Afghanistan seit 1992 wieder für ein öffentliches Amt kandidiert hatte. Die Diskussion und vor allem die Entscheidungsfindung verlagerte sich zunehmend in Nebengasse des großen *Loya-Jirga*-Zeltes. Dort übernahmen US-Botschafter Zal-may Khalilzad, selbst afghanischer Herkunft, und der UN-Sondergesandte Brahimi mit zunehmender Dauer die Vermittlung.

Delegierten stimmen für 300 Dollar

Der Streit um das politische System prägte den Verlauf der ersten *Loya-Jirga*-Woche. Dabei war es von vornherein alles andere als ausgemacht, daß sich Karzais Anhänger durchsetzen würde. Mehrere oppositionelle Strömungen - von Demokraten über Monarchisten bis zu den *Jamiat*-Fundamentalisten - stellten sich hinter die Forderung nach Einschränkung der erheblichen Vollmachten des Präsidenten, die die ebenfalls von Karzai berufene Verfassungskommission in ihren Entwurf geschrieben hatte. Der vorliegende Entwurf sei „nicht für unsere Zukunft, sondern für die Fortsetzung dieser Regierung“ geschrieben, so Mansur.

Doch als fundamentalistische *Warlords* wie der Wahhabit Abdul Rabb Rassul Sayyaf, der schiitische Ayatollah Mohseni und Exstaatschef Burhanuddin Rabbani im Windschatten dieser Forderung segeln wollten - sie hatten schon die *Loya Jirga* 2002 auf islamistischen Kurs gebracht -, drehte sich der Wind zugunsten des Karzai-Lagers. „Wir Frauen haben ursprünglich diese Forderung unterstützt“, sagt Suraya Parluka, ebenfalls eine Linke aus Kabul. „Aber wir haben inzwischen verstanden, daß die *Jihadis* damit das Land dominieren wollen. Deshalb unterstützen wir jetzt

das Präsidialsystem.“

Gegenüber der politisch unorganisierten paschtunischen Delegationen spielten Karzais Hauptverbündete - sein Bruder Qayyum Karzai, Finanzminister Ashraf Ghani, ein beurlaubter Weltbankmitarbeiter, und Dorfentwicklungsmminister Hanif Atmar - die ethnische Karte, um sich deren Votum für das Präsidialsystem zu sichern. Sie setzen auf nationalistische Gefühle und das tiefe Mißtrauen der Paschtunen gegenüber den Ex-Mujaheddin der Nordallianz - die sie gegenüber den US-Amerikanern immer wieder als Ex-Taliban denunziert haben.

me in der *Loya Jirga*, so ein UN-Mitarbeiter unter der Hand, und politische Führer, die eine ganze Abgeordneten-Gruppe liefern konnten, erhielten demnach sogar 5.000 Dollar. Kabuls Ex-Bürgermeister Fazl Karim Aimaq berichtete, man habe ihm und Freunden gedroht, man werde nach der *Loya Jirga* mit ihnen abrechnen, wenn sie sich weiter für eine parlamentarische Staatsform einsetzten.

Die Ernte dieser riskanten Strategie mußte das Präsidentenlager in der letzten *Loya-Jirga*-Woche einbringen. Da brachte die ethnische Polarisierung ein neues Oppositionsbündnis hervor, dies-



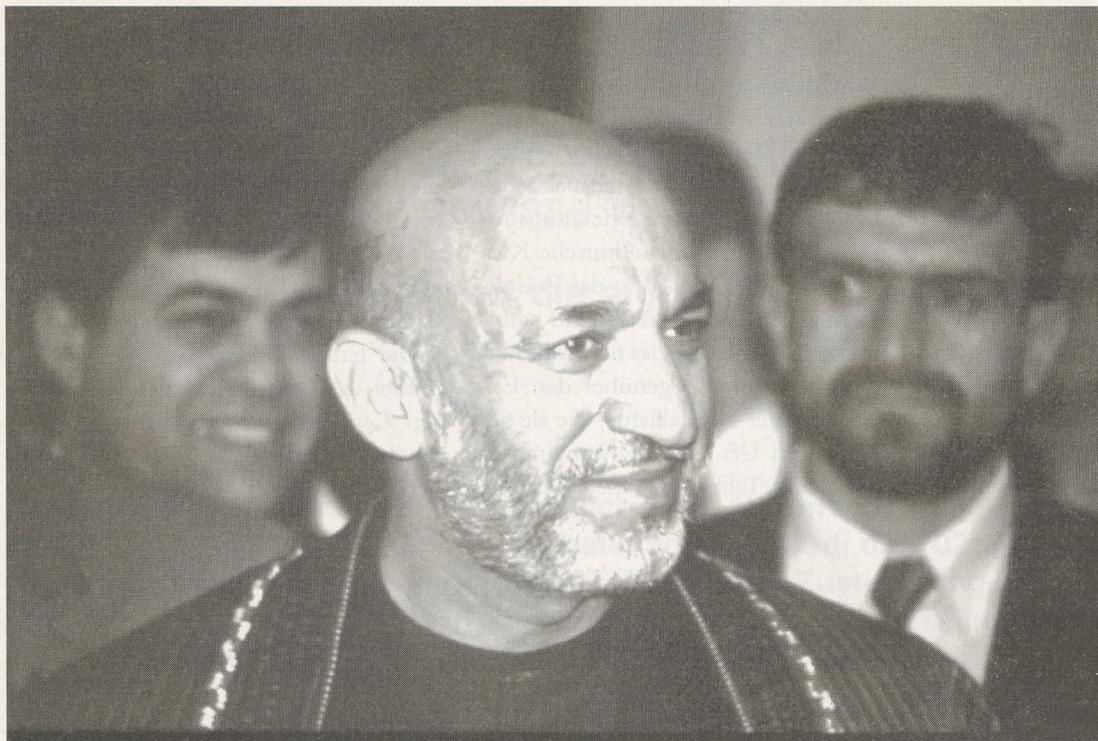
Zum Abschied des UN-Sondergesandten Orden und Applaus: Lakhtar Brahimi. (Foto: Jorge Scholz)

Reichte das nicht, kamen Versprechungen, Druck und kleine Gaben dazu. „Sehen Sie sich doch an, wieviele Abgeordnete jetzt mit neuen Handys herumlaufen“, meinte der *Jamiat*-Abgeordnete Waqif Hakimi. „Glauben Sie, daß sie die alle schon vorher hatten?“

Um die 300 Dollar kostete eine Stim-

mal aus den Minderheiten Nord- und Zentralafghanistans. Als die Versammlung erstmals über einzelne Verfassungsartikel abstimmen sollte, gingen nur 276 Delegierte an die Stimmboxen. Der Rest blieb zum Boykott auf ihren Sitzen und nahm weder an Gebeten noch Mahlzeiten teil.

Inzwischen hatte sich die Diskussion



Mehr Macht für den Präsidenten: Hamid Karzai. (Foto: Jorge Scholz)

auf die Sprachen- und Minderheitenfrage verlagert. Die paschtunische Mehrheit kämpfte verbissen aber vergebens darum, Paschtu als einzige „Nationalsprache“ zu erhalten, so wie in allen früheren Verfassungen. Dem widersetzten sich Usbeken, Tajiken, Hazara und Turkmenen, durch ihren eigenständigen Widerstand gegen sowjetische Besatzer und später die Taliban selbstbewußter geworden. Usbekisch und Turkmenisch erhielten schließlich wie andere kleine Sprachen in jenen Gebieten, wo sie von einer Mehrheit gesprochen werden, zum ersten Male offiziellen Status.

Dieser Hick-Hack hat der auf der *Loya Jirga* vielbeschworenen „nationalen Einheit“ einige Wunden zugefügt. „Wir sind alle gezwungen worden, das zu akzeptieren“, meinte Hamidullah Tarzi aus Kandahar. „Es ist, als ob wir Gift genommen hätten, aber für die Einheit des Landes akzeptieren wir das.“

Shariah auf Schleichwegen?

Über diese Auseinandersetzungen geriet ein Kernproblem zusehends in den Hintergrund: Kann die Verfassung auch

praktisch umgesetzt werden oder wird sie nur „ein neues Buch im Regal“, wie der monarchistische Abgeordnete Abdul Hakim Nurzai befürchtet? Vieles im Text ist vage gehalten und muß von künftigen Gesetzen näher bestimmt werden. Zudem setzt Artikel 3 den Generalvorbehalt, daß kein Gesetz den „Überzeugungen und Bestimmungen“ des Islam widersprechen darf. Das vermeidet gegenüber den Geberländern das Reizwort „Shariah“, meint aber dasselbe. Zudem bleibt die Interpretation des Textes in der Kompetenz des Obersten Gerichts, das von islamistischen Hardlinern dominiert wird.

Wie sich das auswirken könnte, wurde am Donnerstag klar, als Mojaddedi es ablehnte, über eine Resolution abstimmen zu lassen, die statt einer „Islamischen Republik“ schlicht eine „Republik“ anstrebte und von 146 Delegierten unterschrieben worden war. Öffentlich bezeichnete er die Initiatoren zweimal als „Ungläubige“ und „Apostaten“, die „nach der *Loya Jirga* bestraft werden“. Auch wenn er sich später auf der Abschlusssitzung dafür entschuldigte - auf Apostasie, Abfall vom Glauben, steht nach orthodoxer Lesart der *Shariah* die Todesstrafe. „Das gibt einen Vorgeschmack darauf“, meint ein hoher Diplomat in Ka-

bul, „wie eine Islamische Republik Afghanistan aussehen könnte“.

Anti-Fundamentalisten trotzen Warlords

Heldin der Tagung indes wurde Malalai Juya, die am zweiten Tag verlangt hatte, die *Warlords* vor ein internationales Gericht zu stellen. In ihrer Heimatstadt Farah im Westen des Landes demonstrierten Frauen danach vor einem UN-Büro für sie. Andere Delegierte griffen Juyas Worte auf. Mir Ghulam aus der Nordprovinz Jausjan berichtete von „privaten Gefängnissen“ der *War-*

lords. Mariam Sabzawar aus Mazar-e Sharif erklärte, daß „die Probleme der Menschen nicht gelöst werden können, so lange die *Warlords* nicht beseitigt sind“. Am Abschlußtag erhielt die 25-jährige Juya den stärksten Applaus, als sie von Karzai ihre Medaille erhielt - mehr als der scheidende UN-Sonderbeauftragte Brahimi, der es in seiner Abschlusßrede einmal nicht bei diplomatischen Andeutungen beließ, sondern scharf die Macht der *Warlords* und das Fehlen einer Rechtsordnung angriff.

Dies zeigt, daß es trotz aller Drohungen eine starke anti-fundamentalistische, fortschrittliche Strömung im Land gibt. Sie könnte bei den kommenden Wahlen durchaus eine Rolle spielen, vorausgesetzt die internationale Gemeinschaft bringt endlich eine nennenswerte Entwaffnung in Gang. Wirklich frei auftreten werden sie aber erst können, wenn auch Karzai etwa mit einer geplanten Kabinettsumbildung - Signale setzt, daß die Zeit der *Warlords* endgültig vorüber ist. Aber wird der als Zauderer bekannte Karzai wirklich die Auseinandersetzung mit ihnen suchen? **D**